

AUS VERANTWORTUNG FÜR ECHE GERECHTIGKEIT

Beschluss der Juso Landeskonferenz vom 13.04. in Augsburg

Die SPD hat mit 16,4% ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl eingefahren. Der entscheidende Grund hierfür ist, dass die SPD als Verteidigerin des Status Quo aufgetreten ist. Das Versprechen von "Stabilität" und "Sicherheit" reicht nicht aus, wenn die Menschen das Gefühl haben, es ist etwas aus den Fugen geraten und für die einfachen Leute bleibt immer weniger, die Ungerechtigkeiten werden immer größer.

Die Zustimmung für linke und progressive Parteien ist in den letzten Jahren enorm zurückgegangen. Der Grund hierfür ist eine enorme diskursive Verschiebung, in der die Themen Migration und Bürgergeld als zentrale Ursachen von Ungerechtigkeit benannt werden statt die Vermögensverteilung in den Blick zu nehmen. Mit dem Tabubruch im Bundestag, der gemeinsamen Abstimmung von Union und FDP mit der AfD und mit den Entwicklungen in Österreich scheint eine schwarz-blaue Regierungszusammenarbeit ernsthaft realistisch. Die wichtigste Aufgabe aller politischen Akteur*innen muss das Zurückdrängen der Faschisten und Rechtsradikalen sein. Diese Aufgabe hat allen voran die nächste Regierung.

Nach der Vorstellung des Entwurfs für einen Koalitionsvertrag findet nun der Mitgliederentscheid innerhalb der SPD statt. Es ist wichtig, präzise zu sein, welche Frage dabei zur Abstimmung steht und welche nicht. Es geht nicht darum, ob man ein Fan von schwarz-roten Koalitionen ist. Es geht auch nicht darum, ob die SPD von der nächsten Koalition profitieren wird. Es geht auch nicht darum, ob die SPD es geschafft hat, gute Projekte zu verankern, die wir im Wahlkampf versprochen haben.

Die Frage, über die aus Sicht der Jusos Bayern entschieden wird ist: Ist der vorgelegte Koalitionsvertrag in seiner Gesamtheit dazu geeignet, die Demokratie zu sichern, die AfD zurückzudrängen und eine Umkehr in der Diskursverschiebung nach Rechts einzuleiten.

Diese Frage muss anhand von konkreten inhaltlichen Projekten beantwortet werden. Gleichzeitig besteht Politik nicht nur aus Spiegelstrichen und Einzelforderungen, vielmehr ist vor allem die politische Debatte geprägt von Erzählungen, Botschaften und Eindrücken. Beides muss in der Bewertung eine Rolle spielen.

UNSERE INHALTLICHE BEWERTUNG...

... IM BEREICH MIGRATION UND ASYL

Der Teil zu Migration und Asyl basiert auf rechtem Framing und nutzt Erzählungen, die Geflüchtete zur Bedrohung erklärt. Der Koalitionsvertrag will künftig Menschen, die in Deutschland Asyl suchen, nicht schützen, sondern möglichst Migration begrenzen und die Menschen dahinter ignorieren. Die Aufnahme des Ziels der "Begrenzung" der Migration ins Aufenthaltsgesetz folgt dieser Richtung. Zudem nimmt die Koalition den Begriff der "irregulären Migration" auf, ein Terminus aus rechtsradikaler Sprache, der in den letzten Jahren zunehmend normalisiert wurde.

In der Praxis folgt der Koalitionsvertrag einer repressiven und einer von Rechten Debatten getriebenen Migrationspolitik. Während "irreguläre Migration" gestoppt werden soll, werden legale Fluchtrouten geschlossen und Aufnahmeprogramme beendet. Dazu werden Grenzen geschlossen und unter Berufung auf GEAS und Dublin II Geflüchtete, die über andere EU-Staaten nach Deutschland kommen, abgewiesen.

Dass Menschen nach Afghanistan und Syrien abgeschoben werden sollen, ist grundgesetzwidrig und mit dem deutschen Asylrecht nicht umsetzbar. Dazu stehen wir! Besonders das bayerische PAG hat gezeigt, wie umfangreich der Gefährder-Begriff ausgedehnt werden kann. Was nach dem "beginnend" kommt, wollen wir

uns gar nicht ausmalen. Grundsätzlich gilt: Menschen, die in Deutschland Schutz vor Tod und Verfolgung suchen, dürfen niemals in Diktaturen und höchst unsichere Staaten abgeschoben werden, in denen ihnen Gewalt und Tod drohen. Sichere Herkunftsstaaten müssen nach objektiven Kriterien definiert werden und nicht politisch.

Der Familiennachzug soll ausgesetzt werden. Wir sind überzeugt: Integration geht am besten, wenn man sich nicht um die Familie in Krisengebieten sorgen muss, sondern zusammen sein darf. Die Augenscheinlich geschalteten Erleichterungen für ein Arbeitsrecht für Geflüchtete entsprechen nicht der Realität, da diese nur für eine sehr kleine Gruppe gelten würde, die vor allem durch die geplante Erweiterung der Sicheren Herkunftsländer, in Zukunft nur noch kleiner wird und Widerspricht der versprochenen Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, obwohl im gesamten Koalitionsvertrag immer wieder betont wird, wie wichtig Fachkräfte für die Deutsche Wirtschaft sind und ein Arbeitsrecht die Integration bewiesenermaßen fordert. Außerdem wird das rassistische Stereotype reproduziert, das die Mehrheit der Schutzsuchenden in Deutschland das Asylrecht ausnutzen. Ebenso wie eine Bleibeperspektive für Personen ohne Schutzstatus, die bereits in unserer Gesellschaft angekommen sind. So werden weiter Menschen aus Schulen und Betrieben geholt und abgeschoben und dürfen nach den Forderungen des Koalitionsvertrags künftig noch länger in Abschiebehaft festgehalten werden.

Die Abschaffung des Amtsermittlungsgrundsatzes im Asylverfahren ist ein Einfallstor, um das Asylrecht de facto unzugänglich zu machen. Damit möchte man an einem der Grundpfeiler des Rechtsstaates sägen: gleichen und fairen Verfahren. Asylverfahren verlangen bereits jetzt schon weitreichende Mitwirkungspflichten, wenn es um persönliche Details geht. Die Ausweitung auch auf die Umstände im Fluchtland sind Geflüchteten unzumutbar, da sie nur schwer ermittelbar sind. Einen solchen Aufwand können die wenigsten leisten. Eine von der Sozialdemokratie unterstützte Regierung darf niemals den Zugang zu Menschenrechten erschweren.

Das Gesamtbild vermittelt den Eindruck: Die Koalitionsparteien wollen Flucht- und Migrationswege abschneiden und Menschen unabhängig von ihrem rechtlichen und gesellschaftlichen Status abschieben. Sie sieht Migrant*innen und Geflüchtete grundsätzlich als Gefahr statt als Menschen. Viele der Maßnahmen, beispielsweise die Aussetzung des Familiennachzugs, waren vor einigen Jahren noch alleinige Forderungen im Programm der AfD, heute stehen sie im Koalitionsvertrag.

... IM BEREICH ARBEIT UND SOZIALES

Der Koalitionsvertrag zeigt, dass die zukünftige Koalition die Rechte von Arbeitnehmer*innen aufweicht und angreift. Durch die Ersetzung der täglichen durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit hebt die Koalition faktisch den von Gewerkschaften und SPD hart erkämpften 8-Stunden-Tag auf und ermöglicht bis zu 13-Stunden-Schichten. Das ist ein Angriff auf gewerkschaftliche Errungenschaften und widerspricht der Rolle der SPD, die historisch an der Seite der Gewerkschaften kämpfen sollte.

Auch die Steuerfreiheit bei Überstundenzuschlägen sehen wir kritisch: Man soll von seiner Arbeit leben können. Wir haben dafür gekämpft, dass wir Höchstarbeitszeiten und Arbeitsschutzmaßnahmen haben. Bereits heute werden enorme Mengen Überstunden geleistet. Zu weiteren Überstunden anzuregen, kann nicht das Ziel der SPD sein. Vielmehr müsste gegen die heute bereits stattfindenden zahlreichen Überstunden – viele davon unbezahlt – vorgegangen werden.

Daran ändert auch die gute Absicht des Tariftreue- und Vergabegesetzes nicht. Tarifbindung geht in Deutschland immer weiter zurück, gesetzliche Standards aufzuweichen ist fatal.

Das Bürger*innengeld soll zur Grundsicherung für Arbeitssuchende werden und nähert sich damit wieder Hartz IV an, das aus guten Gründen abgeschafft wurde. Der Slogan "Fördern und Fordern" hat unter Schröder Deutschland zum Land mit dem größten Niedriglohnsektor Europas gemacht und Menschen in prekäre Jobs gezwungen. Mit der Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs wird diese Entwicklung wieder verschärft,

anstatt alle Menschen bei Bedarf weiterzuqualifizieren und nachhaltig in gute Arbeit zu bringen. Sanktionen sollen jetzt schneller, einfacher und unbürokratischer durchgesetzt werden. Erfahrung und Studienlage zeigen: Sanktionen schaffen nichts, außer Angst bei den Menschen, die sowieso schon zu kämpfen haben. Dass die Sanktionierung bis hin zum vollständigen Leistungsentzug möglich sein soll, wurde bereits in der Vergangenheit vom BVerfG ausgesetzt. Wir sehen in der Vollsanktionierung einen Angriff auf die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens durch das Existenzminimum und bewerten das Instrument als Schikane. All das zeigt, dass die Koalition nicht prioritär das Interesse verfolgt, Menschen gute und sichere Arbeit zu ermöglichen, von der sie leben können. Die SPD gibt damit populistischen Kampagnen nach. Falschbehauptungen über das Bürger*innengeld, wie beispielsweise, dass sich Arbeit nicht mehr lohne, sind mit Beispielrechnungen mehrfach widerlegt worden.

Zudem werden die Schonvermögen abgeschafft - das heißt, dass Personen, die ihren Job verlieren, erst ihre gesamten Ersparnisse aufbrauchen müssen, bis sie Hilfe erhalten. Das betrifft ganz besonders Menschen in mittlerem Alter, die ihre erarbeiteten Rücklagen für das Alter aufgeben müssen. Das alles widerspricht unserem Verständnis von Unterstützungs- und Hilfeleistungen und ist auch aus Sicht des Sozialstaats nicht nachhaltig. Wir als Jusos Bayern sehen diese Entwicklungen als fatal und rückschrittig an.

... IM BEREICH WOHNEN

Es ist gut, dass wichtige Komponenten unseres Vorschlags zur WG-Garantie im Koalitionsvertrag verankert sind. Unser Konzept ist aber nicht vollständig umgesetzt. Maßnahmen für mehr Beratung und Verbraucher*innenschutz und die Schaffung von neuem Wohnraum ist positiv, die Übernahme von Mehrkosten über 400€ hinaus ist aber nicht enthalten. Statt Mieten aktiv zu deckeln und z.B. Indexmieten direkt einzuschränken sollte nur eine Kommission Vorschläge zum Mieter*innenschutz machen. Wenn diese nicht zu überraschend revolutionären Vorschlägen kommt, werden WG-Zimmer-Preise über 400€ möglich und gerade in den bayerischen Städten üblich bleiben.

... IM BEREICH VERTEILUNG

Das größte Problem unserer Zeit ist die enorme Ungerechtigkeit. Der Rechtsruck ist ein Ausdruck davon, dass Arbeiter*innen das Gefühl haben, dass es ungerecht zugeht und sie vernachlässigt sind. Dieses Gefühl ist angesichts dessen, dass 2 Familien so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung nicht unberechtigt. Die Vorhaben der Koalition – nur nebulöse und unkonkrete Ankündigungen zur Entlastung bei der Einkommenssteuer und keine Besteuerung von Vermögen und Einkommen – lässt die zentrale politische Frage der Zeit vollkommen unbeantwortet.

... IM BEREICH KLIMA UND ENERGIE

Die Klimaziele, die von der Koalition bestätigt werden, werden durch die aktuelle Fassung des Koalitionsvertrags nicht erreicht. Beispielsweise sollen Gaskraftwerke länger laufen, als es ökologisch sinnvoll ist. Statt durch Gasförderung neue fossile Infrastruktur zu schaffen, müsste das eigentliche Ziel sein, die Förderung von fossiler Energie abzubauen. Carbon Capture und Storage (CO₂-Speicherung) soll über die eigentliche Verantwortung zur Emissionsreduktion hinwegtäuschen. Wir lehnen die Auslagerung der Verantwortung der Energiewende an private Haushalte ab, die langfristig dazu führen wird, dass Haushalte unwirtschaftliche Lösungen betreiben werden müssen. Auch den Verweis auf die vermeintliche Technologieoffenheit, um Maßnahmen wie das Gebäudeenergiegesetz oder die nachhaltige Gestaltung der Automobilindustrie aufzuweichen, lehnen wir ab.

... IM BEREICH KÖRPERLICHER SELBSTBESTIMMUNG

Auch wenn die Kostenübernahme eines Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenkassen ein wichtiger Schritt ist, bleibt der § 218 StGB, der Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt und Schwangere und Ärzt*innen kriminalisiert, weiterhin bestehen. Wir wollen den feministischen Kampf nicht aufgeben und kämpfen weiter für die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch.

WIR LEHNEN DEN KOALITIONSVERTRAG AB UND RUFEN DAZU AUF, MIT NEIN ZU STIMMEN

In der Gesamtbewertung ist der vorgelegte Koalitionsvertrag nicht geeignet, um die zentralen politischen Fragen und die enorme Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft anzugehen. Er ist nicht dafür geeignet, die AfD zurückzudrängen und den Rechtsruck umzukehren. Wir als Jusos Bayern lehnen den Koalitionsvertrag ab. Wir laden alle dazu ein, den Koalitionsvertrag ebenfalls abzulehnen. Wir sind bereit für eine sachliche Debatte in der Partei, in der wir auch andere Bewertungen respektieren.

Auch wenn die Abwägung schwierig ist und viele Mitglieder enormen Druck spüren, kann vermeintliche Alternativlosigkeit nicht handlungsleitend für unsere politische Entscheidung sein. Keine politische Situation ist alternativlos. Die Parteiführung hat festgelegt, dass die Mitglieder eine Entscheidung treffen sollen. Es ist ihre Verantwortung, dann mit der Entscheidung der Mitglieder umzugehen. Wenn die Mehrheit der Mitglieder in der Abstimmung mit Nein stimmt, muss es Nachverhandlungen mit der Union in zentralen Punkten geben.

Egal, ob der Koalitionsvertrag angenommen wird oder nicht, liegt ein großes Stück Arbeit vor uns als Jusos. Es wird unsere Aufgabe sein, die SPD wieder zu der Partei zu machen, die sich konsequent für Gerechtigkeit einsetzt, um die enorme Glaubwürdigkeitskrise der Sozialdemokratie zu überwinden. Wir werden das in Bayern konsequent einfordern. Inhaltlich, strukturell und personell. Mit uns Jusos wird in den oben genannten inhaltlichen Fragen und darüber hinaus zu rechnen sein, egal, wie diese Entscheidung ausgeht.